

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postnummer  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 133.

Montag, 12. Juni 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Donnerstag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Bekanntmachung.

die Reichstagswahl im VII. Wahlkreise des Königreiches Sachsen betreffend.

Zur Ermittlung des Ergebnisses der am 15. d. Mts. stattfindenden Wahl eines Abgeordneten für den Deutschen Reichstag im VII. Wahlkreise des Königreiches Sachsen ist **Montag, der 19. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr** anberaumt worden.

Die Handlung, zu welcher jedem Wähler der Zutritt freisteht, findet im **Sitzungslocale der Königl. Amtshauptmannschaft Weitzen** statt.

Indem dies hierdurch bekannt gemacht wird, werden die Herren Wahlvorsteher des obengedachten Wahlkreises zugleich aufgefordert, die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken insbesonderheit auch mit der nach § 8 des zur Ausführung des Reichstagswahlgesetzes erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 von den Herren Gemeindevorständen zu erteilenden Bescheinigung und dem zweiten Exemplare (nicht Hauptexemplare) der Wählerliste nach stattgehabter Wahl **ungefäumt**, jedenfalls aber so zeitig und zwar **frankirt** an den Unterzeichneten **unter der Adresse der Königl. Amtshauptmannschaft Weitzen** abzugeben, daß sie **spätestens am 17. d. Mts. Nachmittags** an diese Adresse gelangen.

Dresden, am 8. Juni 1893.

Regierungs-Rath **Koenigsheim**,  
Königlicher Wahlkommissar.

W.

## Bekanntmachung.

Im Anschlusse an die Bekanntmachung vom 16. Mai dieses Jahres — D. 762 in Nr. 112 des Riesauer Amtsblattes — wird bekannt gegeben, daß auf dem Artillerie-Schießplatze bei Zeitz

**am 15. Juni von 8<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr Vormittags**  
**am 16. „ „ 7<sup>1/2</sup> „ 8<sup>1/2</sup> „ „**

scharf geschossen wird.

**Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,**  
am 9. Juni 1893.

D. 898.

v. Wiludi.

In.

## Tagesgeschichte.

Wir sind in die Wahlwoche eingetreten — nur noch wenige Tage und das Volk hat sein Urtheil abgegeben. Der Aufmarsch der einzelnen Parteien kann als abgeschlossen gelten, wenigstens hier und da in letzter Stunde noch kleine Änderungen vorgenommen werden; der Kampf mittels der Stimmsettel kann beginnen. — Seit der Einführung der Reichsverfassung hat noch keine Wahl so viele Kandidaten auf den Plan gerufen, wie die diesmalige. Man übertrifft nicht, wenn man die Zahl der diesmaligen Kandidaturen in Deutschland auf annähernd 2000 veranschlagt, in welche Zahl allerdings die Doppel- und Mehrkandidaturen eingeschlossen sind. Die einzelnen Parteien wollen gleichzeitig eine große Heerschau halten und ihre Anhänger auch in denjenigen Wahlkreisen zusammenrufen, in denen sie keine Aussicht haben, die Mehrheit zu erlangen. Die Sozialdemokraten waren in der Aufstellung von Kandidaten am eifrigsten; in etwa 340 Kreisen haben sie eine rührige Agitation entfaltet und auch in den wenigen noch übrigen sind bekannte Führer wie Bebel, Auer, Singer, Liebnecht u. als Kandidaten aufgestellt. Doch auch andere Parteien haben sich die Heerschau-Taktik zu eigen gemacht. Bei jüngeren Parteibildungen, wie es der Antisemitismus, der Bund der Landwirthe und die Bodentbesitzerreformer sind, ist das auch insofern angezeigt, als sie damit eine Probe auf ihre numerische Stärke machen können. So kandidiren die Antisemiten in siebzig Kreisen, während sich zu den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe rund 60 Mandatsbewerber bekennen. — Aber auch alte, „eingeseffene“ Parteien, wie Zentrum und Freisinn, ahmen dies Beispiel vielfach nach. So hat das Zentrum für Berlin eigene Kandidaten aufgestellt, Dr. Lieber sieht im 6. Berliner Wahlkreise gegen Liebnecht, — natürlich alle ohne Aussicht. — Die Zersplitterung der Parteien ist das charakteristische Merkmal der diesmaligen Wahlen. Anscheinend am wenigsten ferührt davon sind die Sozialdemokraten geblieben, denn die Bewegung der „Unabhängigen“, von der sich die bürgerlichen Parteien eine starke Einbuße der sozialdemokratischen Propaganda versprochen, ist ein Sturm im Glase Wasser geblieben. Da die Unabhängigen zudem Wahlenthaltung proklamirt haben, so bleibt ihr Einfluß auf die Wahlen gleich Null. Im Westen hat der Streik im eigenen Lager zur Aufstellung zweier sozialistischer Kandidaten

im Kreise Solingen geführt. — Bei den Freisinnigen ist die Spaltung bereits unmittelbar nach Auflösung des Reichstags vor sich gegangen. Immerhin ist es gelungen, in den meisten Fällen freisinnige Gegenkandidaturen zu vermeiden, und wenn auch der Ton zwischen den feindlichen Brüdern während des Wahlkampfes ein herber und bitterer geworden ist, so erscheint die Einigkeit doch im Großen und Ganzen gewahrt. Zusammen werden die freisinnigen Flügel sowie die süddeutsche Volkspartei vielleicht 130 ernsthaft zu nehmende Kandidaturen aufgestellt haben, und sich vielleicht in 10 bis 12 Wahlkreisen gegenseitig das Mandat streitig machen. — Gewannt ist man allseitig auf den Erfolg des Zentrums, das seinen Bestands gegen die Anhänger derer um Huene und Schorlemer-Alst verteidigen muß. Ein nennenswerther Abbruch wird der Gesamtpartei schwerlich geschehen. — Konservative und Nationalliberale haben unter den Kandidaturen der Antisemiten und des Bundes der Landwirthe zu leiden. Unbekümmert um das Wehgeschrei der „Kreuzzeitung“ bringen diese Parteien in die gut konservativen Wahlkreise ein und suchen den „Kreuzzeitung“-Männern die Butter vom Brode zu nehmen. — Niemand ist im Stande, jetzt schon zu sagen, wie die schwere Entscheidung fallen wird; daß die Wahlen indessen der am meisten oppositionellen Partei, der Sozialdemokratie, einen erheblichen Zuwachs an Mandaten und Stimmen bringen werde, darüber ist Niemand im Zweifel.

**Deutsches Reich.** Die jetzige serbische Regierung betrachtet es, wie der Belgrader Korrespondent des „V. T.“ schreibt, als ihre Hauptaufgabe, die Handelsbeziehungen mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland sorgfältig zu pflegen, da sie davon den größten Erfolg für die wirtschaftliche und finanzielle Konsolidirung des Landes erwartet. Auf die Handelsverträge, welche Serbien mit diesen zwei Staaten abgeschlossen hat, werden große Hoffnungen gesetzt. Der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn, welchen die Parlamente in Wien und Budapest bereits angenommen haben, wird von der Slupskina bei ihrem nächsten Zusammen-treten am 13. d. M. unverweilt erledigt werden, so daß die Ratifizirung desselben noch in diesem Monat vollzogen werden dürfte. Was den Handelsvertrag mit Deutschland betrifft, so wird, falls eine rechtzeitige parlamentarische Erledigung desselben im deutschen Reichstage nicht erfolgen kann, ein vorläufiges Meistbegünstigungs-Uebereinkommen abge-

## Bekanntmachung.

Fräulein **Christiane Wilhelmine Steiger**, Tochter des am 13. Februar 1848 zu Freiberg verstorbenen Handarbeiters Johann Christoph Steiger und der am 27. Februar 1875 in der Landesanstalt zu Hubertusburg verstorbenen Johanne Christiane Sophie Steiger geb. Walther aus Zeitz bei Sayda, ist am 18. März 1893 in Strehla ohne Testaments-Errichtung und ohne, daß deren gesetzliche Erben bekannt sind, verstorben.

Von unterzeichnetem Amtsgerichte ist Herr Localrichter Müller in Strehla als Nach-lagervertreter in Pflicht genommen worden.

Unter Bekanntmachung dieses werden zugleich diejenigen, welche als gesetzliche Erben der Verstorbenen durch Beibringung von Bescheinigungen sich zu rechtfertigen vermögen, aufgefordert, recht bald ihre Ansprüche an den Nachlaß allhier geltend zu machen.

Riesa, den 6. Juni 1893.

Das Königl. Amtsgericht.  
Commissionsrath **Sinz**.

## Verdingung.

Die bei der Erbauung des **Garnison-Lazareths** in Riesa erforderlichen **Pflasterarbeiten** einschließlich Lieferung des Materials sollen im Wege öffentlicher Verdingung **den 16. Juni, Vormittags 10 Uhr**

im Geschäftszimmer der Königl. Garnison-Verwaltung zu Riesa in der Kaserne für die I. Abtheilung 3. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 32 vergeben werden und liegen Zeichnungen und Verdingungsunterlagen in genanntem Geschäftszimmer zur Einsicht aus. Verdingungsanschlüsse sind gegen Erstattung der Selbstkosten zu entnehmen.

Angebote sind versiegelt und postfrei mit der Aufschrift:

**Pflasterarbeiten Garnison-Lazareth Riesa**

bis zu ebengenanntem Termine bei der Königl. Garnison-Verwaltung Riesa einzureichen. Proben der zur Verwendung kommenden Pflastersteine sind **vor dem 16. Juni** an die **Militär-Baudirection** postfrei einzusenden. Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.

Dresden, den 9. Juni 1893.

**Militär-Baudirection.**

schlossen werden. Bei dem kürzlichen Empfange des deutschen Befandten Freiherrn v. Wälder-Gotter durch den König, anlässlich der Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens, sagte der erstere, daß zwischen Serbien und Deutschland, obwohl sie keine unmittelbaren Nachbarn sind, dennoch mannigfache gemeinsame Interessen in wirtschaftlicher und kommerzieller Beziehung bestehen. In seiner Antwort gab der König dem gleichen Gedanken Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß dieses Verhältnis sich immer mehr entwickeln werde.

Erfreuliche Mittheilungen kommen aus den Reichsländern. Dort war bekanntlich zu Anfang der Wahlbewegung das Protestlerthum mehrfach wieder hervorgerufen. Besonders auffehen hatte es hervorgerufen, daß in Saargemünd-Forbach einer der wüthendsten vormaligen Protestler, Pfarrer Colbus, als Candidat aufgestellt wurde. Da ist es nun in hohem Grade bemerkenswerth, daß Pfarrer Colbus die Erklärung abgegeben hat, er sei kein Protestler mehr, er habe dem Protest entsagt, der Protest im Lande sei todt und es sei ein Uebling, heute noch von Protest zu reden, er stehe auf dem Boden der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum deutschen Reiche, das liege in den Worten seines Aufrufes, in welchem er von der „festgesetzten Ordnung“ spreche. Nun hatte sich Herr Colbus aber im Anfang selbst als „Protestler“ bezeichnet. Er scheint aber bei den Wählern selbst damit so wenig Gegenliebe gefunden zu haben, daß er nunmehr die protestlerische Etiquette abzulegen und durch eine „reichtreue“ zu ersetzen gezwungen war. Herr Colbus ist sicherlich kein Anderer geworden, aber daß er sich genüthigt gesehen hat, aus Rücksicht auf die Stimmung seiner Wähler seine innere Herzensmeinung zu verleugnen, darin liegt die Bedeutung des Vorganges. — Auch der frühere protestlerische Reichstags-abgeordnete Dr. Sieffermann, der gegen Jörn v. Dulach in Wolheim-Erstein candidirt, lag sich in einem vom „Elsaßer Journal“ veröffentlichten Schreiben offen vom Protest los.

In der Presse wird gegenwärtig das Projekt einer Reichserbschaftsteuer erörtert. Wir glauben nicht, daß dasselbe ernsthaft zu nehmen sei; jedenfalls würde es kaum auf besondere Sympathien der konservativen Partei zu rechnen haben, wofür es sich auf Grundlage des preussischen Entwurfs zur Abänderung der Erbschaftsteuer vom Jahre 1890 bewegen sollte, in dem bekanntlich die Ehegatten, die Ascendenden und Descendenden besonders zu belasten beabsichtigt war. Es ist indessen nicht unsere Absicht, über das neue